

NIEDERSCHRIFT HFA/004/2015

über die Sitzung des **Haupt- und Finanzausschusses** am 29.01.2015 im Kultursaal der **Alten Landwirtschaftsschule**.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Matthias Ahlers
Herr Karl-Heinz Brockamp
Herr Marco Lennertz
Herr Dr. Wolfgang Meyring
Frau Brigitte Mollenhauer
Herr Roman Gerding
Herr Carsten Rampe
Herr Thomas Tauber
Frau Maggie Rawe
Herr Ulrich Schlieker

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 11 GO NW:

Herr Helmut Geuking

Von der Verwaltung:

Herr Hubertus Messing
Herr Peter Melzner
Herr Martin Struffert
Herr Gerd Mollenhauer
Frau Marion Lammers
Frau Birgit Freickmann

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 19:35 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde. Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

- 1. Haushaltssatzung, Haushaltsplan und Stellenplan für das Haushaltsjahr 2015 sowie Finanzplanung und Investitionsprogramm für die Jahre 2015 bis 2018**

Herr Melzner erläutert die einzelnen Positionen der Änderungsliste, die

der Einladung zu dieser Sitzung beigelegt war.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass die Mittel für die Umgestaltung des Bereiches zwischen EDEKA und dem Rathausparkplatz zwecks Ansiedlung eines Drogeriemarktes noch nicht im Haushaltsplan enthalten seien. Es lägen noch keine endgültigen Kostenangaben vor. Die Schätzung läge zurzeit bei 500.000,-- €, die im Wesentlichen 2016 anfallen. Für 2016 sollen entsprechende Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen werden.

Ausgeglichen werden könne dies evtl. aus der Verschiebung der Maßnahme Gewerbegebiet Hamern aus 2015/2016 und durch bisher in 2016 nicht vorgesehene Mittel aus Landeszuweisungen im Zuge der Leader-Förderung für die Steganlage im Berkelquellbereich.

Herr Tauber unterstreicht, dass für die Umgestaltung des Bereiches auskömmliche Mittel eingestellt werden müssen. Die Einstellung der Mittel habe eine Signalwirkung für die Gespräche mit möglichen Betreibern eines Drogeriemarktes. So werde deutlich, dass an einem Standort in der Innenstadt festgehalten werde.

Frau Mollenhauer hält die Höhe der ab 2016 zu zahlenden Abundanzumlage für bedenklich.

Herr Melzner erläutert, dass dies abhängig von der Höhe der Abundanz sei.

Auf Nachfrage von Herrn Schlieker zur Höhe der verplanten Summen z. B. für die Einbindung der Radbahn teilt Herr Mollenhauer mit, dass über die einzelnen Investitionsmaßnahmen im Detail im Ausschuss beraten werde. Für die Anbindung der Radbahn sollen vorhandene Wirtschaftswege aufgewertet werden. Hierfür werde ein 70%-iger Zuschuss erwartet.

Herr Schlieker regt an, dafür den Ansatz in Höhe von 200.000,-- € für den Ausbau der Wirtschaftswege entsprechend zu kürzen.

Herr Rampe erkundigt sich, ob wie beim Kreis auch mit Zielen und Kennzahlen gearbeitet werde.

Frau Dirks teilt mit, dass das geplant sei und hiermit bei der Gebäudebewirtschaftung und den Schulen begonnen werde.

Herr Ahlers fragt nach, warum der Ansatz bei den Personalaufwendungen für Beamte niedriger als im Vorjahr sei, obwohl die Anhebung einer Planstelle vorgesehen sei.

Herr Messing begründet dies mit der in diesem Jahr anstehenden Pensionierung des Kämmerers.

Herr Melzner kündigt an, dass die jährliche Neuberechnung der Pensionsrückstellungen noch ausstehe. Soweit hierfür bis zur HFA-Sitzung am 05.02.2015 noch belastbare wesentliche Änderungen durch die Versorgungskasse bekanntgegeben werden, sollen diese noch als Änderungen berücksichtigt werden.

Herr Tauber führt aus, dass die Abdeckung für das Freibad beschlossen

worden sei. Dabei sei es bzgl. der Beträge auch um Vergabegrenzen der zuständigen Ausschüsse gegangen. Im Haushaltsplan seien jetzt 115.000,-- € verplant. Er wolle wissen was dahinter stecke.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass es sich um eine Netto-Veranschlagung handle und der Ansatz sicher nicht erreicht werde.

Herr Tauber merkt an, dass der Ansatz dann auch reduziert werden sollte.

Herr Tauber hält die Weiterführung des Kommunalen Kinos für wichtig und erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand hinsichtlich der beantragten Fördermittel.

Herr Messing teilt mit, dass alle Förderstellen, die in Billerbeck akquiriert wurden, ihre Zusage gegeben hätten. Auch vom Land liege ein Bewilligungsbescheid über 13.000,-- € vor. Die beantragten Bundesmittel seien dagegen abschlägig beschieden worden. Zurzeit stehe er in direkten Gesprächen mit dem Staatsministerium für Medien und Kultur in Berlin. Er erwarte in den nächsten Wochen eine Antwort.

Falls es bei der Ablehnung der Fördermittel bleiben sollte, so Herr Tauber, dann müsse in der nächsten HFA-Sitzung darüber nachgedacht werden, wie das Kommunale Kino weiter geführt werden kann. Er könne sich vorstellen, für das Kommunale Kino evtl. die Mittel für die Möblierung des Ratssaales noch einmal zurückzustellen.

Frau Rawe verweist auf den bestehenden Ratsbeschluss, wonach 2016 der Haushalt ausgeglichen sein soll. Da das ja nun nicht gelinge, stelle sich die Frage, ob dieser Ratsbeschluss aufgehoben werden müsse.

Frau Dirks führt aus, dass man sich ernsthaft darüber unterhalten müsse, ob das Ziel in 2016 überhaupt erreicht werden könne. Überschüsse seien in 2012 und 2013 erzielt worden, 2014 werde in etwa ein Ausgleich gelingen. Daher habe man viel besser abgeschnitten als die Zielvorgabe. In 2015 seien kaum mehr Anpassungen möglich, für 2016 müsse dann eine konsequente Aufgabenkritik her. Aber es gehe ja auch um die Qualität, wie z. B. bei der Schulsozialarbeit. Die Mittel hierfür sollen ja trotz Defizit aufgestockt werden. Darüber müsse man dann auch reden.

Herr Dr. Meyring führt an, dass allein mit dem Einbau des Aufzuges noch keine komplette Barrierefreiheit des Rathauses erreicht werde. Er wolle wissen, ob z. B. automatisch öffnende Türen oder der Einbau entsprechender Technik für Hörbehinderte in den Kosten für den Aufzug enthalten seien.

Frau Dirks berichtet über ein Gespräch mit Vertretern der Kreis-AG-Interessenvertretung-Coesfeld-Selbsthilfe im Rathaus. In dem Zusammenhang sei besprochen worden, dass der Aufzug einen Ton habe müsse, der die Stockwerke ansage und ein Spiegel zum Rangieren für Rollstuhlfahrer erforderlich sei. Außerdem seien an den Eingangstüren Taster nötig. Alle Maßnahmen, die mit dem Aufzug zusammenhängen seien in den Kosten enthalten. Nicht enthalten sei die Tontechnik für Hörgeschädigte im Sitzungssaal.

Herr Dr. Meyring hält es für erforderlich, mit dem Aufzug auch gleichzeitig den Saal mit der entsprechenden Technik für hörgeschädigte Menschen auszustatten. Nach seiner Meinung handele es sich um Gesamtpaket.

Frau Dirks weist darauf hin, dass für den Übergang ein Gerät vom Kreis ausgeliehen werden könne.

Die Nachfrage von Herrn Dr. Meyring, ob die Ausstattung zuschussfähig wäre, verneint Frau Dirks mit dem Hinweis, dass mit Städtebauförderungsmitteln kein Inventar gefördert werde.

Herr Dr. Meyring bittet die Verwaltung, zur nächsten Sitzung eine konkrete Kostenschätzung für die Tontechnik vorzulegen.

Herr Schlieker verweist nochmals auf den Ratsbeschluss, wonach 2016 ein ausgeglichener Haushalt vorgelegt werden soll. Er hätte sich gewünscht, dass verwaltungsseitig zumindest Vorschläge unterbreitet worden wären, wie dieses Ziel erreicht werden könne.

Herr Melzner schlägt vor, dass sich ein spezielles Gremium oder der HFA dieser Aufgabe widmen könnte. Im Rahmen der Sparmaßnahmen 2011 sei die Aufwandsseite bzgl. der freiwilligen Aufgaben bereits überprüft worden. Hier sollte ggf. eine erneute Überprüfung vorgesehen werden, ehe man sich noch einmal mit der Ertragsseite befasse.

Herr Schlieker spricht sich gegen die Bildung eines zusätzlichen Gremiums aus; der Haushaltsplan sei originäre Aufgabe des HFA. Ihm falle es als Feierabendpolitiker aber schwer, das umfangreiche Zahlenwerk nach Ausgabenkürzungen zu durchforsten, wobei sicherlich ein Drehen an der Steuerschraube das letzte Mittel sei. Im Übrigen hätten ihm die von der Kämmerei zur Verfügung gestellten Excel-Dateien, in der die wesentlichen Zahlen der letzten 6 und der kommenden 3 Haushaltsjahre dargestellt seien, sehr gut weitergeholfen. Beim Studium dieser Zahlen sei ihm aufgefallen, dass im Durchschnitt der letzten 4 Jahre die Erträge immer um rd. 700.000,- € zu niedrig angesetzt waren. Wenn diese Summe von vornherein mit eingeplant würde, käme man dem Ziel der schwarzen Null doch schneller näher.

Herr Schlieker regt an, die Excel-Dateien auch den anderen Fraktionen zur Verfügung zu stellen. Außerdem sollten die Excel-Tabellen fortgeschrieben und in jedem Jahr bei der Haushaltsplanberatung vorgelegt werden.

Herr Melzner erinnert an die hohen Steuereinbrüche in 2009 in Höhe von 2,5 Mio €. Deshalb sollte vorsichtig geplant werden.

Herr Tauber stellt voran, dass es gut gewesen wäre, wenn alle Fraktionen zeitgleich die Excel-Dateien bekommen hätten. Im Übrigen begrüße er es, dass seitens der Grünen an den Ratsbeschluss erinnert werde. Man sollte das große Ziel nicht aus den Augen verlieren und hieran arbeiten. Die Gewerbesteureinnahmen hätten sich in den letzten Jahren auf einem Rekordniveau befunden. Das werde sicher nicht so bleiben. Deshalb

müsse man Vorsorge treffen und sich hierüber unterhalten.

Zur Frage nach der weiteren Vorgehensweise schlägt Frau Dirks vor, nach der Haushaltsplanverabschiedung im Hinblick auf den Haushaltsplan 2016 an der Aufgaben- und Ausgabenkritik zu arbeiten.

Frau Rawe wirft ein, dass doch jetzt schon ein Haushaltsplan verabschiedet werde, der einen Fehlbetrag ausweise. Deshalb müsste doch auch jetzt überlegt werden, welche Einsparungsmöglichkeiten 2015 noch möglich seien.

Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, den vorliegenden Haushaltsplan zu verabschieden, so Frau Dirks. Darin würden Weichen gestellt und egal wie man sich positioniere, sei eine kurzfristige Umsetzung nicht möglich.

Frau Mollenhauer geht davon aus, dass wohl niemand die Zielvorgabe, 2016 einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, aufheben wolle. Für sie sei der Haushaltsplan ein „Platzhalter“. Im Laufe des Haushaltsjahres komme es immer zu Verschiebungen. Sie halte es nicht für erforderlich, jetzt jede einzelne Position nach möglichen Einsparungen zu durchforschen. Wichtig sei, dass alle an dem Ziel festhielten.

Herr Brockamp führt aus, dass es sich beim Haushalt um eine Planung handele. In den Ausschüssen sollten die Projekte realitätsbezogen begutachtet werden. Vielleicht könne hier und da noch an den Stellschrauben gedreht werden, ohne das Ziel aus den Augen zu verlieren.

Frau Dirks macht noch einmal deutlich, dass man den Sparwillen auch erst nehmen müsse und das auch auf Kosten der Qualität gehe.

Die Haushaltsplanberatungen werden in den Fraktionen und anschließend in der nächsten HFA-Sitzung am 05.02.2015 weiter geführt.

2. **Teilnahme am Leader-Wettbewerbsverfahren mit der Leader-Region Baumberge für die Förderperiode 2014 - 2020**

Nach kurzer Erörterung fasst der HFA folgenden

Beschluss:

Die Stadt Billerbeck beschließt, die neue Lokale Entwicklungsstrategie (LES) der LEADER-Region „Baumberge“ mitzutragen und alles daran zu setzen, die Finanzierung der Umsetzung sicherzustellen. Dafür stellt die Stadt Billerbeck für die Jahre 2015 – 2023 insgesamt 60.000 Euro zur Verfügung; bezogen auf z.B. 8 Haushaltsjahre somit 7.500 Euro/Jahr.

Stimmabgabe: einstimmig

3. **Anregung gem§ 24 GO NW vom 09.09.2014 hier: Verfassungsbeschwerde gegen CETA und TTIP**

Frau Dirks verweist auf die Sitzungsvorlage. Verwaltungsseitig werde vorgeschlagen, keine Verfassungsbeschwerde einzulegen.

Herr Rampe berichtet, dass der Kreistag einstimmig beschlossen habe, einen Experten in den Kreisfinanzausschuss einzuladen, der darüber referiert welche Punkte des Abkommens evtl. einen lokalen Bezug haben könnten. Mehr könne man nicht machen und gegen ein Gesetz klagen, das noch nicht existiere sei schwierig.

Herr Geuking gibt zu bedenken, dass man dem öffentlichen Wohl gegenüber verpflichtet sei. Zur Daseinsvorsorge gehöre auch Gefahren abzuwenden. Sehr wohl hätten Städte das Recht, gegen eine drohende Gefährdung Verfassungsklage einzureichen. Viele Städte und Gemeinden hätten sich klar positioniert. Er halte es für eine bürgerliche Pflicht zu sagen, so nicht, wir erheben das Wort, um Gefahr abzuwenden. Es müsse nicht unbedingt Klage eingereicht werden, er könne aber nicht verstehen, dass die Sache einfach abgetan werde. Er mahne noch einmal an, dass eine extreme Gefährdung bestehe und Billerbeck ganz besonders betroffen sei, da auf diesem Weg Fracking Tür und Tor geöffnet werde. Man müsse heute für die nächste Generation Sorge tragen und sich zumindest dagegen aussprechen und nicht alles „abbügeln“.

Herr Schlieker stimmt der Kritik an CETA und TTIP zu; Verfassungsbeschwerde einzulegen, halte er aber für zu hoch gehängt. Das Thema sollte auch nicht einfach abgehakt werden. Wie von Herrn Rampe vorgeschlagen, sollte sich der Ausschuss von fachkundiger Seite beraten lassen.

Frau Mollenhauer äußert, dass man sich ja nichts vertue, wenn heute kein Beschluss gefasst werde. Sie spreche sich auch dafür aus, einen Experten einzuladen.

Herr Geuking moniert, dass die Angelegenheit in die Zeit geschoben werden soll.

Frau Rawe macht deutlich, dass sie keine Notwendigkeit sehe, Verfassungsbeschwerde einzulegen. Wohl müsse man sich weiter mit dem Thema beschäftigen. Dabei sollte man sich nicht irgendeiner Resolution anschließen. Es gehe darum, was man für Billerbeck machen könne. Deshalb wäre es wichtig, wenn ein Experte eingeladen werde, so dass auch Rückfragen gestellt werden können.

Frau Dirks fasst zusammen, dass sich der Ausschuss weiter mit der Thematik beschäftigen möchte und die Beschlussfassung heute vertage. Die Verwaltung soll zu einer der nächsten Sitzungen einen Referenten einladen, der darauf eingehe, was die Abkommen für Billerbeck bedeuten.

Die Ausschussmitglieder stimmen dem **einstimmig** zu.

4. **Mitteilungen**

Keine

5. **Anfragen**

5.1. **Berkelwanderweg - Herr Brockamp**

Herr Brockamp weist mit Nachdruck auf den katastrophalen Zustand des Berkelwanderweges hin. Wenn es länger geregnet habe, sei die Nutzung des Weges unzumutbar. Er fragt an, ob es nicht eine kostengünstige Lösung gebe und schlägt vor, die Kuhle in der Mitte des Weges zuzuschütten.

Herr Mollenhauer weist darauf hin, dass ein Aufschütten nicht so einfach sei. Ziel sei es die städt. Hauptwanderwege sukzessive so aufzuarbeiten, dass sie mit Pflegegeräten bearbeitet werden können. Dafür müssten die Wege aber einen bestimmten Zustand haben. Das Problem sei derzeit die massive Verdichtung.

Herr Brockamp macht deutlich, dass dringend eine Zwischenlösung her müsse. Wenn die Seiten des Weges abgefräst würden, könnte das in der Mitte stehende Wasser abfließen.

Herr Mollenhauer sagt Überprüfung zu.

5.2. **Überprüfung der Außenbereichsbeschilderung (Bauernschaften/Hausnummern) - Herr Geuking**

Herr Geuking weist darauf hin, dass die Beschilderung im Außenbereich dringend überprüft werden müsse. Jedes zweite Schild sei verwittert oder verschmutzt.

Herr Messing bestätigt, dass einige Schilder gereinigt werden müssten. Im Übrigen würden die Schilder bei Bedarf sukzessive ausgetauscht.